

Der gesamte Haushalt, ein Konvolut von fast 700 Seiten für eine Verbandsgemeinde mit nur 25.000 Einwohnern, wurde sorgfältig erstellt und rechtzeitig versandt, so dass eine gute Vorbereitung möglich war.

**Dafür, Herr Reidenbach, danken wir Ihnen und Ihrem Team sehr herzlich.**

Dennoch werden wir dem Haushalt nicht zustimmen, u.a. weil der geplante Personalzuwachs gegenüber dem abgelehnten Plan im Jahr 2023 sogar noch ausgeweitet wurde.

Was für die Ablehnung dieses Stellenaufwuchses in der Vergangenheit galt, gilt nach wie vor.

Die Vorbereitung dieser Sitzung wurde von 3 umfangreichen Presseartikeln begleitet, in denen folgendes nicht zu finden war:

1. Die **Gesamtkosten** in Höhe von mindestens 600.000,- € pro Jahr müssen bei negativen kommunalen Haushalten voll auf die Bürger umgelegt werden!
2. Welchen zusätzlichen **Nutzen** hat der Bürger davon?
3. Wie steht die **Aufsichtsbehörde** zu der Personalaufstockung?

Die Kommunalaufsicht hat in ihren Schreiben deutlich gemacht, dass eine **Stellenmehrung zu Lasten der Kommunen** gehen würde. Dies ist ein wichtiger Aspekt, der berücksichtigt werden muss. Stellenmehrungen sollten im Moment nicht vorgesehen werden. Herr Engelmann, Sie haben das mit dem Argument abgetan, die Kommunalaufsicht würde das nicht so eng sehen, das seien Standardformulierungen, die immer geschrieben würden. Daraufhin haben wir den Antrag gestellt, jemanden von der Kommunalaufsicht einzuladen, der die Position der Kommunalaufsicht darstellt, weil wir uns nicht vorstellen können, dass die Kommunalaufsicht das, was sie sagt, nicht so eng sieht.

Sie haben das abgelehnt, Herr Dr. Alt, mit dem Argument: Die Kommunalaufsicht ist nicht dazu da, die Kommunen zu beraten. Das stimmt so nicht. Die Kommunalaufsicht ist sehr wohl für die Beratung der Kommunen da. Das hat sie auf Anfrage bestätigt. Das ist auch auf den offiziellen Internetseiten mehrfach nachzulesen.

Das jüngste Schreiben der Kommunalaufsicht bestätigt nun erneut unsere Bedenken. Bei Problemen immer nur nach mehr Personal zu rufen, kann nicht die Lösung sein, wir nehmen die Kommunalaufsicht sehr ernst.

*Einige Beispiele:*

Die beantragte Stellenmehrung im **Kindergartenbereich** lehnen wir ab. Sie wollen auf VG-Ebene z.B. die Urlaubsplanung und die Personaleinteilung machen. Das hat bisher immer die Kindergartenleitung gemacht, dafür sind auch die Freistellungsstunden da.

Die Personaleinsatzplanung gehört in die Hände der direkten Vorgesetzten.

Änderungsbedarf z.B. durch Krankheit von Kindern, notwendige Arztbesuche... kann so von den Personen umgesetzt werden, die die Teammitglieder und ihre persönlichen Vorlieben und Pläne direkt kennen.

Für die Digitalisierung von **Formularen und Stundenzetteln** - was schon längst in der „ruhigen“ Corona-Zeit hätte erledigt werden können - muss keine neue Person eingestellt werden, sondern wird von anderen VGs übernommen. Zur Not kann das auch einmal ein Dienstleister machen.

Am 20.01.2021 haben wir einen offiziellen Antrag auf **Videoübertragung der Sitzungen** gestellt, hier ist nichts passiert. Das ist nicht rechtens! Warum wird unser Antrag beharrlich ignoriert?

Vor Jahren haben wir beantragt, die technischen Möglichkeiten zu prüfen, die Innenstadt von **Meisenheim** am Wochenende für den Autoverkehr zu sperren, wo ist das Ergebnis?

Die Betreuung - was auch immer das sein mag - von **Ehrenamtlichen**, die aus Freude, aus eigenem Antrieb und mit Engagement ehrenamtliche Aufgaben erledigen, will man jetzt mit einer halben Stelle bürokratisieren. Apropos Ehrenamtler: Die FDP-Fraktion beantragt, die Verdienstmedaillen in der VG abzuschaffen, da seit 2019 keine Verleihung mehr stattgefunden hat. Lieber keine Ehrung, als so unprofessionell und ignorant mit den Ehrenamtlichen umzugehen!

Eine Viertelstelle für **Archivarbeit** ist absolut abzulehnen. Wie viele Jahrhunderte lagern im Keller? Da muss man eine professionelle Firma hinschicken, die einmal Kosten verursacht und dann vierteljährlich Routinearbeit leisten.

Wie kann es sein, dass ein großer **Bauantrag**, der nur an den Kreis weitergeleitet werden muss, wochenlang liegen bleibt? Warum muss der Antrag für eine Containeraufstellung immer noch auf Papier gestellt und dann von den Mitarbeitern wortwörtlich ins System eingegeben werden?

Überall vermissen wir die von der Ratsmehrheit massiv geforderten **Effizienzsteigerungen**. Es gibt keinen konkreten **Maßnahmenkatalog**. In einer Verwaltung dieser Größe müsste ein KVP-Workshop innert kürzester Zeit mindestens 100 bis 200 **Optimierungsvorschläge** hervorbringen. Uns sind keine bekannt. Die Kritik der Ratsmehrheit wird also einfach ignoriert, anstatt sie als Auftrag zu verstehen!

Im Gegenteil: Wir spüren wenig positives Denken. Wir hören von wehleidigen Mitarbeitergesprächen.

Wenig Freude an pfiffigen, ressourcensparenden Lösungen und schon gar kein Wettbewerb um die besten Ideen für einen **Bürgerservice mit Exzellenzstandard!**

Man muss sich fragen, welche **Führungspersönlichkeit** für so etwas verantwortlich ist, denn wir glauben nicht, dass wir die falschen Mitarbeiter haben.

Es braucht keine anderen oder zusätzlichen Mitarbeiter, es braucht eine andere **Kultur und neue Prozesse!** Diese Notwendigkeit hätte man aus den Mitarbeitergesprächen erkennen müssen. Dafür sollte man Geld in die Hand nehmen. Das würde auch die Mitarbeiterzufriedenheit erhöhen und die Fluktuation senken!

Es ist ungeheuerlich, dass man als Verwaltungschef immer noch so eine trennende Argumentation duldet: "In Meisenheim wurden früher Versäumnisse gemacht, die aufgearbeitet werden müssen".

Wir haben nach der Stadt Bad Kreuznach und der VG LaLo-Stromberg die **dritthöchste Steuerkraft je Einwohner** im Landkreis. Und, wie die Kommunalaufsicht bestätigt hat, den vergleichsweise **üppigsten Personalschlüssel** pro 1000 Einwohner. Daraus ließe sich aus unserer Sicht deutlich mehr machen.

Die FDP-Fraktion sieht es als ihre wichtigste Aufgabe an, die kommunalen Steuern einschließlich der Grund- und Gewerbesteuer langfristig stabil zu halten - **im Interesse der Bürgerinnen und Bürger**. Dafür kämpfen wir gerne! Dafür sind wir auch bereit, unbequem zu sein! Und dafür nehmen wir auch negative Presse in Kauf!

Unsere erneute Ablehnung des Haushaltsentwurfs ist daher konsequent und dürfte hier im Saal niemanden wirklich überraschen.

**FDP-Fraktion im Verbandsgemeinderat Nahe-Glan** - *Es gilt das gesprochene Wort* -